

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt einleitend aus, alle wüssten, dass moderne Bürokommunikation davon lebe, schnellstmögliche Netze zur Verfügung zu haben. Man wisse auch, dass man innerhalb des Stadtgebietes Koblenz einen unterschiedlichen Ausbaustand der Entwicklung der Netze habe. Ferner wisse man, dass Investitionen in die Netze teuer seien und man wisse ebenfalls, dass man nach dem Eckwertebeschluss übereingekommen sei, keine neuen Investitionsvorhaben, die nicht unabweisbar seien, anzugehen und keine freiwilligen Leistungen mit dem Vorhaben zu verursachen.

Vor diesem Hintergrund sei die Tatsache, dass die Firma Telekom der Stadt Koblenz vor einigen Wochen einen Vorschlag unterbreiten habe können, Koblenz zu einer Modellregion zu nutzen für den Ausbau eines Glasfasernetzes, eine historische Chance. Es handle sich um ein Investitionsvorhaben des genannten Investors in einer Größenordnung von 10 bis 20 Mio. Euro. Dafür bekomme Koblenz ohne städtische Investitionskostenzuschüsse im innerstädtischen Verdichtungsgebiet ein schnelles Glasfasernetz, das nicht nur für die Privatleute, sondern auch für die Unternehmen und Verwaltungen zu erheblichen Kosteneinsparungen führen könne und zu erheblichen Effektivitätssteigerungen führe. Man sei in den Sachprüfungen in den Ausschussberatungen und seitens der Verwaltung übereingekommen, dass man dazu nur einen Grundsatzbeschluss in der Form fasse, wie er heute vorgelegt werde. In Kenntnis dessen, dass die Telekom allerdings angesichts dieser großen Investition von der Stadt Koblenz erwarte, dass man den Erfolg des Investitionsvorhabens mit allen Möglichkeiten unterstreiche und unterstütze, die dafür zu Gebote stünden. In den Vorberatungen spielte die Frage eine große Rolle, ob es vertretbar und hinnehmbar sei, diese Chance zu ergreifen wissend, dass gleichzeitig in den so genannten unversorgten Regionen, die in der Vorlage im Einzelnen angegeben seien, kein superschnelles DSL mit diesem Projekt verbunden sei. Man habe deswegen die Telekom gebeten, sich auch mit diesem Aspekt auseinander zu setzen. Deswegen gebe die Vorlage zwei Optionen:

„Option 1 – Rat stimmt der FTTH-Vereinbarung zu

Es werden keine Zuschüsse der Stadt für das neue FTTH-Netz fällig.

Bezüglich der Versorgung von unterversorgten Stadtteilen werden keine weiteren vertraglichen Verknüpfungen zwischen der Deutschen Telekom und der Stadt Koblenz zum Breitbandausbau gemacht.

Der Kooperationsvertrag wird unterzeichnet und die Vorbereitungen für den FTTH-Ausbau starten

Option 2 – Rat stimmt der FTTH-Vereinbarung zu und beschließt „Breitband-Masterplan“

Es werden keine Zuschüsse der Stadt für das neue FTTH-Netz fällig.

Es werden aber weitere politische Absichtserklärungen zum Breitbandausbau in den unterversorgten Stadtteilen gemacht:

- Erstellung Breitband-Masterplan
- danach Bildung einer Prioritätenliste

- Bereitstellung von städtischen Eigenmitteln von bis zu 600.000€ insgesamt für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 (ggf. weiterer Teilbetrag in 2011 für Kosten des Breitband-Masterplans)
- Umsetzung der Maßnahmen 2012 und 2013

Der Kooperationsvertrag wird unterzeichnet und die Vorbereitungen für den FTTH-Ausbau starten.

Die Verwaltung führt die Gespräche mit dem ISIM und legt eine Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen in der Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am 30.11.2011 vor.

Die Verwaltung beauftragt den Breitband-Masterplan nach Beschluss durch die Gremien.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verdeutlicht, Option 2 ziehe aber eine Mitfinanzierung in der Größenordnung von 2 Mio. Euro. nach sich. Er lasse an dieser Stelle außen vor, in welchem Umfang dieser Betrag von der Stadt Koblenz alleine zu tragen wäre und welche Hoffnungen man sich ggf. machen könnte, dazu einen Landeszuschuss zu erhalten. Es sei jedenfalls klar, Option 2 ginge nur mit einer nennenswerten städtischen Zuschussfinanzierung. Man habe verwaltungsseits den Vorschlag unterbreitet, diese 2. Option heute nicht abzulehnen, aber auch nicht positiv zu bescheiden, sondern zunächst zurückzustellen bis zu einem Zeitpunkt, wo es möglich sei, weitere Angebote einzuholen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig deutet in öffentlicher Sitzung lediglich an, es sei konkret mit zwei Firmen gesprochen worden, weitere Angebote abzugeben. Eine der Firmen habe angekündigt, in drei bis vier Monaten zu diesem Aspekt ein Angebot abzugeben. Eine andere Firma habe angeregt, dies in 12 Monaten zu tun.

Er halte es für vernünftig, bevor der Rat nun einen Beschluss fasse, der dem Eckwertebeschluss widerspräche, die Option 2 ebenfalls positiv zu votieren, zunächst einmal die anderen Angebote abzuwarten und dann im Licht des Gesamtszenarios zu entscheiden. Dafür spreche noch die weitere Erkenntnis, dass sich der Markt der modernen IT-Kommunikation sich in einer Rasanze bewege, die man überhaupt nicht einschätzen könne. Aus diesem Grund halte er es auch für vernünftig, heute zu Option 2 noch keine definitive Entscheidung zu treffen, sondern hier sowohl die in Aussicht gestellten Angebote als auch den weiteren Modernisierungsschub abzuwarten, bevor man eine Fehlinvestition tätige.

Im Ergebnis schlage die Verwaltung daher nachfolgenden Beschlusstext vor:

„Der Stadtrat begrüßt den Ausbau der Breitband-Infrastruktur mit FTTH-Technologie für Teilbereiche des Stadtgebietes der Stadt Koblenz seitens der Deutschen Telekom.“

Rm Scherhag (CDU) vertritt die Auffassung, die Bürger der unterversorgten Stadtteile hätten es verdient, dass man sie heute an dieser Stelle mitnehme. Dies sei in den Diskussionen im Wirtschaftsförderungsausschuss eigentlich auch Konsens gewesen. Option 2 beinhalte, dass man heute politische Absichtserklärungen unterbreiten wolle, einen Breitband-Masterplan zu erstellen, die Bildung einer Prioritätenliste sowie die Bereitstellung der Eigenmittel voranzutreiben.

Der Oberbürgermeister habe hierzu einen Betrag von 2 Mio. Euro genannt, aber man habe aus den Vorlagen Informationen, dass die Landesregierung mit Förderungen von bis zu 70 % bereitstehe.

Rm Scherhag berichtet, der Innenminister Lewentz habe anlässlich der Mitgliederversammlung des Städtetages Rheinland-Pfalz in Koblenz betont, dass der Ausbau der Breitbandinfrastruktur

zur Daseinsvorsorge gehöre und deshalb auch entsprechende Maßnahmen fördere.

Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass Koblenz mit seinen Stadtteilen ebenfalls an dieser Entwicklung teilhaben müsse. Wichtig sei seiner Fraktion heute auch ein Bekenntnis zu der Option 2, weil die Landesregierung im Moment die Zuschüsse im Volumen und auf den Umsetzungszeitraum 2012/2013 begrenzt habe. Aus seiner Sicht müsse man heute diese Absichtserklärung verabschieden, zumal man sich nichts verbaue, da hier die Zeit dränge. Er glaube, dies sei man den Bürgern vor Ort schuldig.

Die CDU-Fraktion wolle daher den Beschlusssentwurf wie folgt ergänzen:

„...des Stadtgebietes der Stadt Koblenz zu und beauftragt die Verwaltung, nach Verhandlungen mit der ADD entsprechende Zuschüsse beim Land zu stellen, um Option 2 umzusetzen.“ Die haushaltstechnische Umsetzung könnte dann, nachdem man heute die politische Absichtserklärung verabschiede, in den Etatberatungen behandelt werden.

Rm Scherhag gibt ferner zu bedenken, man habe in den unterversorgten Stadtteilen nicht nur Privathaushalte, die sich über einen schlechten DSL-Anschluss beklagten, sondern es gebe auch Unternehmen, die unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung und aus der langfristiger Wettbewerbssituation heraus einen Breitbandanschluss benötigten und sich mit Sicherheit auch nach entsprechenden Verhandlungen bereit erklärten, sich ggf. an den notwendigen Investitionen zu beteiligen. Aber all dies könne nur geschehen, wenn der Rat heute einen Schritt nach vorne ginge. Dies sei die Absicht der CDU-Fraktion und man bitte die anderen Fraktionen, im Sinne ihrer Wähler in diesen unterversorgten Stadtteilen heute der Angelegenheit zuzustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig macht darauf aufmerksam, es könne nicht so sein, dass der Stadt in seiner Sitzung im Juni 2011 einen Eckwertebeschluss fasse und in der nächsten Sitzung werde so getan, als gebe es diesen nicht. Was die CDU-Fraktion beantrage, sei eindeutig ein neues Projekt, ein neues Investitionsvorhaben und eine neue freiwillige Leistung der Stadt. Egal wie man es wende, auch wenn man Sponsoren und Zuschussgeber dafür finde (z.B. das Land), handle es sich dem Grunde nach um ein neues Projekt und der Höhe nach um eine zusätzliche Leistung für die Stadt. Er habe geglaubt, mit seinem Vortrag eine Brücke gebaut zu haben, weil er heute nicht die Option 2 abgelehnt wissen wolle, sondern gesagt habe, in welcher Form er eine Möglichkeit sehe, wie man konform mit dem Eckwertebeschluss das Thema regeln könne. Da aber der Vorredner als Schlusssatz die Frage an den Rat gestellt habe, wer bereit sei, im Sinne seiner Wähler in den unterversorgten Stadtteilen dazu „Ja“ oder „Nein“ zu sagen, bekomme man eine absolute Schiefelage in der Debatte. Die Verwaltung habe den Eckwertebeschluss vorgeschlagen, um zu vermeiden, dass bei jedem einzelnen Thema immer wieder die Grundsatzfrage auftauche. Diesen Eckwertebeschluss habe der Rat einstimmig gefasst und dann müsse dieser auch gelten. Zumindest müsse dann jeder Antragsteller, der dagegen verstoße, begründen, warum er dies im vorliegenden Fall anders sehe. Aber einfach so zu tun, als gebe es den für die Betrachtung maßgeblichen Eckwertebeschluss nicht, sei aus seiner Sicht nicht in Ordnung und erschwere allen das Geschäft in großer Weise.

Rm Lehmkuhler (SPD) erklärt die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters. Es sei nicht so, dass dies eine Angelegenheit sei, die nur die CDU-Fraktion bewege. Auch seine Fraktion habe vor Jahren einen entsprechenden Antrag gestellt. Auf Grund dessen, das es nicht finanzierbar für die Stadt Koblenz sei, hätte dieser nicht umgesetzt werden können.

Wenn der Innenminister Lewentz zitiert werde, dann müsse man diesen auch richtig wiedergeben. Herr Lewentz habe gesagt, er sei der Auffassung, dass eine funktionierende Breitbandverkabelung genauso zur Infrastruktur gehöre wie Eisenbahnlinien, Straßen, Ver- und

Entsorgungseinrichtungen, Strom usw. Das sei natürlich ein Stück der Daseinsvorsorge. Der Innenminister habe aber nicht gesagt, dass dies eine Pflichtaufgabe sei, weil man dazu keine gesetzliche Grundlage habe. Wenn zuvor ausgeführt worden sei, dass das Land Mittel zur Verfügung gestellt habe, dann sei das richtig und es habe erreicht werden können, dass neben den rein ländlichen Gebieten, die zunächst nur gefördert werden sollten, auch in Großstädten Gebiete, die ländlich strukturiert seien, in die Förderung einbezogen würden.

Mit dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion solle man die Option 2 beschließen. Diesbezüglich stehe klar beim 3. Unterpunkt, dass Eigenmittel bis zu 600.000 Euro gebunden werden sollten. Er finde es einfach unredlich, immer von Einsparungen zu reden und diese anzumahnen, aber bei jeder passenden Gelegenheit davon abzuweichen mit der Begründung, man selbst wolle nur das Beste für die Bürger. Eine gewisse Redlichkeit und Kraft gehöre dazu, den Sparwillen auch umzusetzen. Denn sonst könne man den Eckwertebeschluss schlicht vergessen.

Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass man dem Vorschlag des Oberbürgermeisters folgen könne. Das vorgelegte Angebot sei unstrittig und dieses solle der Rat akzeptieren. Dies schließe doch nicht aus, dass sich Rat und Verwaltung weiter um die Versorgung der benachteiligten Stadtteile bemühen. Vielleicht gebe es noch günstigere Angebote für die unterversorgten Gebiete. Wenn der heutige Beschluss direkt mit Geld hinterlegt werden solle, könne die SPD-Fraktion dem nicht zustimmen.

Rm Wefelscheid (BIZ) teilt zunächst mit, er habe auch an der erwähnten Veranstaltung des Städtetages Rheinland-Pfalz teilgenommen und er wolle ebenfalls eine Richtigstellung vornehmen. Der Innenminister habe gesagt, nach seiner Auffassung gehöre es heutzutage zum Kreis der Daseinsvorsorge. Dafür wolle er auch kämpfen auf europäischer Ebene. Dies heiße aber nicht, dass dies die Rechtsgrundlage sei, auf der aktuell dann Zuschüsse gezahlt werden könnten. Die BIZ-Fraktion könne auch auf Grund der Sachlage, dass bei einem anderen Anbieter Alternativangebote eingeholt würden, nicht der Option 2 zustimmen. Die Zustimmung finde Option 1.

Rm Scherhag (CDU) äußert, er könne der Argumentation nicht ganz folgen. Bei dem Versuch, in der Angelegenheit „in den Krümeln“ zu suchen, dem Rat die Möglichkeit zu nehmen, diese Thematik weiter mit zu verfolgen, könne die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Auch aus den Verträgen heraus, die der eine Anbieter vorgelegt habe, müsse die Stadt Leistungen bereitstellen und auch diese Leistungen seien mit Kosten verbunden. Diese könne man, weil sie noch nicht genau beziffert seien, nicht erfassen, aber wenn man über Eckwerte spreche, dann müsste theoretisch auch das Thema aufgegriffen werden, welche Aufwendungen und Kosten der Stadt durch diesen Vertrag entstünden.

Er könne nur wiederholen, man habe Option 2 noch nicht als endgültigen Beschluss festgelegt. Aber es ginge doch darum, im Thema weiter voran zu kommen. Man wisse auch, dass man sowieso nicht umhin komme, diese Vorhaben dann auch auszuschreiben, um sich für den günstigsten Wettbewerber zu entscheiden.

Die CDU-Fraktion bleibe dabei, man sehe dort die Situation, dass die Fördermittel in 2013 ausliefen und man sich gerade vor dem Hintergrund der Daseinsvorsorge, der Interessen der Bürger in den einzelnen Stadtteilen dafür einsetzen müsse, diese Voraussetzungen für alle zu schaffen, da man heute nicht nur vom Schreibtisch am Arbeitsplatz agiere, sondern auch vermehrt vom Büro zu Hause aus, das leistungsfähig sein müsste.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann merkt an, der Rat habe unter Punkt 1 eine Sparliste beschlossen und man habe in einem Grundsatzbeschluss festgelegt, dass man danach die

freiwilligen Leistungen begrenze. Wenn die CDU-Fraktion in der Lage sei, jetzt zu sagen, wo man 600.000 Euro bei den freiwilligen Leistungen im Sozialbereich, Sportbereich, bei den Vereinen, bei den kulturellen Einrichtungen und den sozialen Trägern einsparen solle, dann sei sie gerne bereit, sich in einer Sitzungsunterbrechung darüber zu unterhalten.

Die entsprechenden Beschlüsse seien einstimmig von allen gefasst worden und daher wolle sie einen Vorschlag, wo Gelder in Höhe von 600.000 eingespart werden sollten. Jetzt so zu tun, als ob nur die CDU-Fraktion dieses Thema für wichtig erachte, sei unfair gegenüber den anderen Fraktionen, die sich an die Sparbeschlüsse hielten. Daher erwarte sie einen Vorschlag vor der Abstimmung über den Punkt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig macht noch darauf aufmerksam, dass die 600.000 Euro eine optimistische Betrachtung darstellten. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass diese 600.000 Euro nur einen Teil von 2 Mio. Euro bildeten. Sie errechneten sich bei einer optimistischen Schätzung der Zuschussfähigkeit der Landesregierung. Da die Landesregierung für diesen Gesamtkomplex ein Haushaltsvolumen von insgesamt 3 Mio. Euro habe, sei es sehr fraglich, ob ausgerechnet die Stadt Koblenz die Hälfte der Mittel für dieses Programm zugesprochen bekäme. Deswegen sei Vorsicht geboten. Bevor die 600.000 Euro nun fein gerechnet würden, sage er als Kämmerer, der Betrag sei nicht verlässlich. Verlässlich sei ein Betrag von 2 Mio. Euro und für den Rest gelte das Prinzip Hoffnung. Er verweist hierzu ausdrücklich auf den Inhalt der Beschlussvorlage.

Rm Kaiser (FDP) möchte ebenfalls in diese Richtung argumentieren. Er könne nicht ganz verstehen, dass die CDU-Fraktion keine Einsparvorschläge bewilligt habe (z.B. auch bei der Schülerbeförderung). Wenn man nicht die Kraft aufbringe, an einer einzigen Stelle eine Einsparung vorzunehmen, aber schnell dabei sei, sich als alleinige Retter der Bürger auszurufen, dann sei dies nicht fair. Es sei der FDP-Fraktion auch ein wichtiges Anliegen, diese Infrastrukturmaßnahme zu realisieren und man hänge auch an der Option 2. Aber der Oberbürgermeister habe einen Vorschlag unterbreitet, wie er versuche, die Sache in Einklang zu bringen und voranzutreiben.

Er würde sich freuen, wenn sich die CDU-Fraktion einmal erfleissigen würde, Einsparvorschläge zu unterbreiten und nicht nur als Wohltäter durch die Lande zu reisen.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Wiechmann, MdL, merkt an, auch er müsse in die gleiche Kerbe schlagen. Man habe mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters eine Entwicklungsperspektive und verbinde damit auch eine Entwicklungsperspektive für die Breitbandversorgung.

Er wolle zudem noch einmal daran erinnern, erstens habe man heute unter Punkt 1 den Sparbeschluss einstimmig getragen, zweitens habe die CDU-Fraktion bei einer Einnahmeverbesserung für die Stadt in Höhe von ca. 800.000 Euro (Anhebung der Parkgebühren) nicht zugestimmt und drittens wolle man hier dafür eintreten, zusätzliche freiwillige Leistungen für die benachteiligten Stadtteile auszugeben.

Alle wollten versuchen, auch für die Stadtteile eine vernünftige Versorgung sicherzustellen, aber in der Art und Weise, wie dies die CDU-Fraktion heute empfehle, ginge es natürlich nicht. Deswegen glaube er auch, dass die CDU-Fraktion überlegen sollte, ob sie sich nicht in den Kreis derjenigen einreihen wolle, die vernünftige Politik zum Wohle der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger machen wollten.

Rm Keul-Göbel (CDU) nimmt zunächst Bezug auf die Ausführungen des Rm Kaiser. Die CDU-Fraktion habe bei Punkt 1 einer Einsparung von 600.000 Euro zugestimmt, wie es die Vorgabe der ADD verlangt habe. Daher sei die Aussage, dass ihre Fraktion den Einsparungen nicht zustimme, nicht korrekt.

An Rm Wiechmann gewandt erklärt sie, die CDU-Fraktion habe den Einsparungen von 800.000 Euro nicht zugestimmt, aber einer Einsparung von geschätzt 600.000 Euro hätte man in gleicher Angelegenheit zustimmen können mit Rücksicht auf den Einzelhandel. Dies habe man auch dargelegt.

Rm Keul-Göbel hält den Kompromissvorschlag des Oberbürgermeisters für vernünftig. Was sie nun vorschlage, erfolge ohne vorherige Absprache mit der Fraktion und müsse ggf. in einer Sitzungspause auf Tragfähigkeit geprüft werden:

Wenn man von Option 2 die Positionen

- Erstellung Breitband-Masterplan
- danach Bildung einer Prioritätenliste

beschließe, um klarzustellen, dass die Stadt Koblenz ein Interesse daran habe, die Breitbandversorgung in allen Stadtteilen zu ermöglichen und dies unter den Finanzierungsvorbehalt bei den Haushaltsberatungen 2012 stelle, dann habe die Verwaltung eine Grundlage, um die Landeszuschüsse bereits zu beantragen. Darauf komme es der CDU-Fraktion an. Dies sei in der Diskussion zuvor vielleicht etwas untergegangen. Man befürchte, wenn der Rat mit seinen Beratungen fertig wäre, könnten die Mittel vergeben sein, weil andere Kommunen schneller gewesen wären. Es sei wichtig, wenn nur begrenzte Landesmittel zur Verfügung stünden, früh zu signalisieren, dass man die Zuschüsse wolle und bereit sei, den Breitbandausbau in den Stadtteilen vorzunehmen. Mit einem Hinweis auf die Finanzierbarkeit dürfte dies ihres Erachtens mehrheitsfähig sein.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, er könne nicht erkennen, dass die übrigen Fraktionen mit dem zuvor genannten Kompromissvorschlag einverstanden seien.

Er regt an, noch die bisher ausstehenden Wortbeiträge von den Ratsmitgliedern Gniffke, Scherhag und W. Rosenbaum anzuhören und dann die Rednerliste zu schließen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch seitens des Rates.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke bringt seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass sich nicht alle Fraktionen immer an die gemeinsam gefassten Beschlüsse zum Sparen hielten und versuchten, für ihre eigene Klientel Politik zu betreiben. Wenn es solche Grundsatzentscheidungen gebe, müssten sich auch alle daran halten.

Rm Scherhag (CDU) merkt zur Thematik Einnahmen und Ausgaben an, nachdem nun verschiedene Redner auf ihn bzw. seine Fraktion verbal eingeschlagen hätten, dass man nur Bürgerwünsche erfüllen wolle und sich nicht um die Einnahmensituation kümmere, verweist er auf die Initiative der CDU-Fraktion hinsichtlich der Verabschiedung eines Wasserraumwirtschaftskonzepts, das der Stadt Koblenz in diesem Jahr schon zusätzliche Einnahmen hätte beschereen können.

Das Thema DSL müsse man weiter vorantreiben und wenn man dies aus den Augen verliere, müsste man mit den Konsequenzen in Zukunft umgehen können. Er sei der Auffassung, dass man sich in den Haushaltsberatungen mit der Angelegenheit intensiv auseinandersetzen müsse. Man habe im vergangenen Jahr in den Haushaltsberatungen den Vorschlag eingebracht, einen Betrag in Höhe von 20.000 Euro für Gutachten im Etat der Wirtschaftsförderung einzustellen. Möglicherweise wäre der Rat heute einen Schritt weiter, wenn man diesem Vorschlag

mehrheitlich gefolgt wäre. Denn dann hätte man heute ggf. einen Kostenüberblick dazu, was auf die Stadt in dieser Angelegenheit zukäme. Die CDU-Fraktion bleibe dabei, dass man die Option 2 in die Beschlussfassung aufnehmen wolle und dies möchte er zur Abstimmung gestellt wissen.

Rm Rosenbaum (FBG) führt aus, das erwähnte Wasserraumbewirtschaftungskonzept sei völlig falsch gewesen, weil es für Koblenz nicht trage. Die Auskunft habe der Oberbürgermeister in der entsprechenden Sitzung auch gegeben, die Begründung dafür liege vor.

Des Weiteren hoffe er, dass kein Vertreter der Telekom im Saal anwesend sei, denn wenn der Diskussionsverlauf bekannt würde, werde Koblenz nie wieder als Pilotprojekt anerkannt werden und die Breitbandversorgung für die Stadt sei auf den „Sankt-Nimmerleins-Tag“ verschoben.

Insofern schlägt er vor, dass der Rat der Beschlussvorlage mit der Option 1 zustimme.

Ferner weist Rm Rosenbaum darauf hin, Bisholder habe seinerzeit nach der DSL-Versorgung gelehzt. Das Leerrohr liege bis heute noch im Bisholder Weg. Wenn damals nicht verhindert worden wäre, dass die Anschlussnehmer in Bisholder der Telekom zugestimmt hätten, wäre längst die DSL-Versorgung dort angekommen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zunächst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

„...des Stadtgebietes der Stadt Koblenz zu und beauftragt die Verwaltung, nach Verhandlungen mit der ADD entsprechende Zuschüsse beim Land zu stellen, um Option 2 umzusetzen.“

Der Stadtrat lehnt diesen bei 12 Ja-Stimmen ohne Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Anschließend stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den unveränderten Beschlusstenor zur Abstimmung, dem der Stadtrat einstimmig zustimmt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig möchte für den Fall, dass Vertreter der Telekom anwesend sein sollten, dies als eine konstruktive Debatte verstanden wissen. Die einstimmige Zustimmung zum Beschlussentwurf habe gezeigt, dass man im Kernbereich der Annahme der Empfehlung der Telekom völlig übereinstimme. Strittig sei nur der zweite Teil.